

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 2

Artikel: Ein missachtetes Erbe : zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard
Autor: Doering, Detmar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165712>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Detmar Doering,
geboren 1957, studierte
Philosophie und Ge-
schichte an der Univer-
sität zu Köln und am
University College Lon-
don. Promotion 1989
im Fach Philosophie.
1980–1983 Gründungs-
landesvorsitzender der
Jungen Liberalen in
Nordrhein-Westfalen;
1990–1994 Referent
für Ordnungspolitik und
Grundsatzfragen bei
der Friedrich-Naumann-
Stiftung in Königswinter.
Seit 1995 Stellvertre-
tender Leiter (Bereich
Wissenschaft) des
Liberalen Instituts in
Königswinter.

EIN MISSACHTETES ERBE

Zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard

Ludwig Erhard ist ein Glücksfall der deutschen Geschichte. Er ist der richtige Mann am richtigen Ort und zur richtigen Zeit, als er 1949 mit der Währungsreform eine Wirtschaftspolitik einleitet, die dem von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in den Ruin getriebenen Deutschland (jedenfalls im Westen) einen Aufschwung beschert, der seinesgleichen sucht.

Das Wort, das man am meisten mit ihm verbindet, heisst «Wirtschaftswunder». Er selbst mochte dieses Wort überhaupt nicht. «Wenn ich diesen Begriff ablehne, so deshalb, weil sich in Deutschland kein Wunder ereignet hat, sondern eine auf freiheitlichen Prinzipien begründete Wirtschaftspolitik», so sagt er es 1958 in einem Vortrag. Dass man Ludwig Erhard trotzdem bis heute meist als den «Vater des Wirtschaftswunders» bezeichnet, ist dabei noch die geringste Form der Missachtung seines Erbes. Sie kann und muss als ein Kompliment gesehen werden. Ludwig Erhard gehört zweifellos zu jenen grossen Staatsmännern der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland, auf die man sich gerne und allerorten beruft. An das, was man sein grosses Erbe bezeichnen muss, knüpft man dabei eher selten an. Die Weisheit des Ludwig Erhard wird man in der heutigen deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik vergebens suchen.

Oppenheimers Schüler

Vor 100 Jahren, am 4. Februar 1897 wird Ludwig Erhard im süddeutschen Fürth geboren. Kein Geringerer als der grosse Ökonom und Soziologe Franz Oppenheimer ist sein Lehrer, bei dem er 1925 promoviert. Manche Biographen Erhards – so etwa Volker Hentschel in seinem im letzten Jahr erschienenen Buch «Ludwig Erhard: Ein Politikerleben» – veranschlagen Oppenhei-

mers Einfluss auf Erhard und die Theorie der «Sozialen Marktwirtschaft» gering. Dies wird Oppenheimers Einfluss kaum gerecht. Von Oppenheimer stammt der zentrale Grundgedanke von Erhards späteren wirtschaftspolitischen Prinzipien, nämlich, dass der freie Wettbewerb als Kernelement einer gerechten Wirtschaftsordnung weder realisiert sei, noch «von alleine» entstünde. Ihn zu schaffen sei Aufgabe der Politik. Es war der Versuch, ein liberales (und staatskritisches) Credo mit sozialpolitischen Zielsetzungen zu einer Einheit zu verschmelzen.

Die Ökonomie, die er bei Oppenheimer lernte, soll auch weiterhin Erhards Leben bestimmen. 1929 beginnt er seine Arbeit beim Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Nürnberg. 1942 wird er – ebenfalls in Nürnberg – Leiter des Instituts für Industrieforschung. Hier entwickelt er Konzepte über die Transformation der Kriegs-(plan-)wirtschaft in zivile Bahnen. Dieses Nachdenken über die «Nachkriegszeit» ist für viele liberale Ökonomen (z.B. Walter Eucken) ein Vehikel für die relativ gefahrlöse Verbreitung von Ideen, die eigentlich mit dem Nationalsozialismus unvereinbar sind – verkappte Opposition sozusagen. Obwohl Erhard definitiv dem Nationalsozialismus stets ablehnend gegenübersteht und obwohl er auch mit führenden Personen des Widerstandes (etwa Carl-Friedrich Gördeler, für den er 1944 sogar ein wirtschaftspolitisches Dossier schreibt) be-

kannt ist, wäre es sicher übertrieben, Erhard als Widerstandskämpfer zu bezeichnen.

Der Weg zur Währungsreform

Immerhin: Die Tatsache, dass er stets nachweislich Distanz zum Regime *Hitlers* hält, empfiehlt ihn für das grosse Wiederaufbauwerk nach dem Sieg der Alliierten. Diese wissen dies zu schätzen. Ab Mai 1945 ist er als Berater der US-Besatzungsmacht in Wirtschaftsfragen tätig. 1945/46 leitet er gar die wirtschaftspolitischen Geschicke Bayerns. Auch die akademische Karriere geht ein wenig voran. In München bekommt er eine Honorarprofessur. Schliesslich, im Jahre 1948, wird er auf jene Position berufen, in der er das vollbringen wird, was seinen Namen berühmt macht: Er wird Direktor der Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone. Er muss sich im Wirtschaftsrat mit starken politischen Kräften auseinandersetzen, die Deutschlands Wiederaufbau planwirtschaftlich-sozialistisch betreiben wollen. Selbst bürgerliche Kräfte wie die neu formierte CDU sind von diesem Virus befallen; Rückhalt findet Erhard nur bei der liberalen F.D.P. Trotzdem gelingt es ihm, genügend Unterstützung zu finden, vor allem, weil er mit den Absichten der US-Besatzungsmacht grundsätzlich übereinstimmt. So kann Erhard am 20. Juni 1948 schliesslich die *Währungsreform* verkünden, die mit der *Deutschen Mark* wieder Geldstabilität einführt. Schon bald fallen die Preis- und Lohnkontrollen; die Wirtschaft beginnt «anzuziehen». Trotzdem muss er sich im November 1948 einem Misstrauensantrag im Wirtschaftsrat stellen, der allerdings knapp (52:42) abgelehnt wird. In einer Rundfunkansprache, die er am Tage darauf hält, verteidigt er sich gegen die Skeptiker, die meinen, dass die Marktwirtschaft mit solchen Übeln behaftet sei, dass nur planwirtschaftliche Mittel Abhilfe schaffen könnten: «*Auswüchse der Marktwirtschaft müssen mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden.*»

Politischer Werdegang eines «Unpolitischen»

Mit dem Jahr 1949 kehrt «Normalität» in das politische Leben (West-)Deutschlands

.....
Es kann kein Zweifel bestehen, dass Erhard die Missstände des heutigen Wohlfahrtsstaates und die Mechanismen der Politik, die zu diesen Missständen führten, schon früh geistig durchdrungen hat.
.....

ein. Das alliierte Militärregime wird durch die demokratischen Institutionen der neu-gegründeten Bundesrepublik ersetzt. Erhard erhält – obwohl noch nicht Parteimitglied – über die Liste der CDU einen Sitz im Bundestag. Er wird Wirtschaftsminister im Kabinett *Adenauer*. Manche Beobachter sind überrascht, dass er nicht auf dem «Ticket» der F.D.P. in die Politik einsteigt. Die Fama berichtet, dass es der F.D.P.-Politiker und Bundespräsident *Theodor Heuss* selbst war, der Erhard (geradezu parteiwidrig) dazu rät. In einer bereits marktwirtschaftlich überzeugten kleinen bürgerlichen Partei wäre er weniger nützlich als in einer halb-sozialistischen grossen bürgerlichen Partei, die man erst noch vollständig überzeugen müsste.

Wie dem auch sei: In den Jahren des Wirtschaftsministers Erhard kommt es zum grössten Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland. 1957 wird Erhard – auf dem Gipfel seiner Popularität – Vizekanzler. Als 1963 Kanzler Adenauer nach Querelen mit der F.D.P. (die ihn am liebsten schon 1961 ersetzt hätte) von seinem Amt zurücktritt, wird Erhard sein Nachfolger. Obwohl er (nun Mitglied der CDU) 1965 als Zugpferd seiner Partei einen haushohen Wahlsieg heimfahren kann, wird es eine eher glücklose und kurze Kanzlerschaft. Sie ist, wie der der F.D.P. angehörende Publizist *Karl-Hermann Flach* 1966 anlässlich Erhards Rücktritt schreibt, «*die tragische Geschichte eines gutwilligen, aber unpolitischen Menschen in einem hochpolitischen Amt*». Erhard gelingt es zu keinem Zeitpunkt, den Parteiapparat der CDU so gut zu beherrschen und für seine Zwecke zu nutzen wie etwa Adenauer (oder heute *Kohl*). Die Intrigen, die gegen ihn laufen, werden durch eine Ende 1965 einsetzende – nach heutigen Massstäben milde, aber nach den von Erhard gesetzten Massstäben schwere – Wirtschaftsrezession noch verstärkt. Als erster Rückschlag des «Wirtschaftswunders» wird die bei den Volkswagen-Werken eingeführte Kurzarbeit betrachtet. Hinzu kommt Ärger mit dem Koalitionspartner. Die CDU möchte die durch die Rezession entstandenen Haushaltslöcher mit grosszügigen Steuererhöhungen stopfen, aber die F.D.P. stellt sich quer. Im Oktober 1966 bricht die Koalition. Die neue Regierung bildet sich aus einer «Grossen Koalition» von Sozial-

demokraten und CDU. Der neue Wirtschaftsminister, *Karl Schiller* von der SPD, verfolgt eine in vielen Teilen von Erhards Vorstellungen abweichende Politik, die vor allem auf einer konjunkturbelebenden «Globalsteuerung» der Wirtschaft durch den Staat basiert. Schon im nächsten Jahr tritt Erhard von dem gerade erst angetretenen Amt als CDU-Bundesvorsitzender ab und politisch immer mehr in den Hintergrund. Noch bis 1976 bleibt er Mitglied des Bundestages. Er stirbt am 5. Mai 1977 in Bonn.

Die «Soziale Marktwirtschaft»

Selbst böswillige Kritiker werden nicht bestreiten, dass Erhards Wirken eine enorme Bedeutung für den Gang der bundesrepublikanischen Geschichte hat. Spätere politische Misserfolge, so urteilt der Skeptiker Flach 1966, könnten zumindest die eine grosse Leistung nicht in Frage stellen: «... die grosse Tat seines Lebens, die eigenwillige Aufhebung der Bewirtschaftung am 20. Juni 1948, die den Aufstieg der deutschen Wirtschaft aus den Trümmern des Nazireiches einleitete, kann und wird ihm keiner nehmen. Sie wird als der eigentliche Kern seines Lebenswerkes lebendig bleiben.»

Dass Erhards darüber hinausgehendes politisches Wirken – insbesondere seine kurze Kanzlerschaft – nicht immer unter einem guten Stern stand, lässt sich sicher nicht völlig von der Hand weisen. Doch Erhard ist kein Wirtschaftsexperte gewesen, der die politischen Rahmenbedingungen ignorierte oder allenfalls als Fremdkörper in einem wirtschaftlich orientierten Theoriansatz sah.

Fast alle westlichen Industrieländer leiden heute darunter, dass die politischen Prozesse kaum noch beherrschbar sind. Das unkontrollierte Wachsen von staatlichen Schuldenlasten und Steuerbürgern, die zunehmende Bürokratisierung und Zentralisierung sowie die kritische Entwicklung von Sozialsystemen, die sich bald als unbelzahlbar für künftige Generationen erweisen werden, sind die Folge. Alles dies wird heute sehr akkurat von der neueren politischen Ökonomie (insbesondere der Public Choice-Denkrichtung, wie sie u.a. vom amerikanischen Nobelpreisträger *James M. Buchanan* entwickelt wurde) als Resultat ökonomischer Eigen-

Das Gesicht der D-Mark.
Quelle: Ludwig Erhard,
Wohlstand für Alle,
Düsseldorf (Econ) 1957.



B1

interessen, die auch in der Politik (und nicht nur in der «Wirtschaft») herrschen, analysiert. Es kann kein Zweifel bestehen, dass Erhard nicht nur die so erklärten Missstände des heutigen Wohlfahrtsstaates zutiefst verurteilen würde, sondern auch, dass er die Mechanismen der Politik, die zu diesen Missständen führten, schon früh geistig durchdrungen hat. Um dies zu verstehen, muss man sich das grundsätzliche wirtschaftliche Ordnungsverständnis Erhards, das unter dem Schlagwort «Soziale Marktwirtschaft» bekannt wurde, vor Augen führen.

Wettbewerb
und Konkurrenz
sind mehr als
nur ein reines
Wirtschafts-
prinzip.

Kaum ein Begriff wird in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland so sehr missbraucht wie der der «Sozialen Marktwirtschaft». Jede sozialpolitische Massnahme, die ein Stück Markt zerstört, wird mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass man dadurch ja erst das «Soziale» schaffe, das die Marktwirtschaft nicht leiste. Als z.B. 1994 in Deutschland die Pflegeversicherung eingeführt wird, die – obwohl die Dauerkrise des ebenso organisierten Rentensystems als warnendes Beispiel dient – auf einem Generationenvertrag basiert, greift der verantwortliche Sozialminister seine liberalen Kritiker mit dem Argument an, sie seien wohl Gegner einer «sozialen» Marktwirtschaft. Gerade weil hier wohl eindeutig marktwirtschaftlichere Alternativen möglich sind, hätte diese Verwendung des Begriffes Erhard sicher empört. Es zeigt sich, dass heutzutage

tage der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» fast synonym mit dem Begriff «Gemischtwirtschaft» verwechselt wird. In letzterer stehen einfach Marktwirtschaft und Sozialstaat als Antagonismen *nebeneinander*. Erhard hingegen wollte mit der «Sozialen Marktwirtschaft» beides als Einheit begreifen. Das Soziale soll demnach hauptsächlich durch eine bewusste Politik des Wettbewerbs und durch marktwirtschaftliche Mittel erreicht werden. Nicht beziehungsloses Nebeneinander, sondern Gleichklang von Wirtschafts- und Sozialpolitik «aus einem Guss» lautet das Motto.

Das Missverständnis über das Wesen und den Inhalt des Begriffes «Soziale Marktwirtschaft» nach Erhards Abgang hat viele Gründe. *Erstens*: Erhard bezeichnet – aus Gründen der «Verkaufstaktik» sicher zunächst zurecht – das Konzept der «Sozialen Marktwirtschaft» gerne als Mittelweg zwischen unbeschränktem Markoliberalismus des 19. Jahrhunderts («Manchestertum») und totalitärer Planwirtschaft. Dadurch wird in verhängnisvoller Weise die oft künstliche Kluft zwischen Erhards Ideen und der klassisch liberalen Tradition überbetont. Dies ermöglicht oberflächlichen Interpreten, die übersehen, dass Erhard auch immer wieder ohne Scheu von einer «freiheitlichen Marktwirtschaft» redet, den Begriff als Antithese zu jedem marktwirtschaftlichen Reformschritt zu sehen. Dabei ist der Grundgedanke Erhards, nämlich dass Wettbewerb und Konkurrenz mehr als nur ein reines Wirtschaftsprinzip seien, sondern – so Erhard 1955 – «die ökonomische Grundlage eines demokratischen Staatswesens, das als unantastbaren Wert die menschliche Freiheit setzt», von den Manchester-Liberalen des 19. Jahrhunderts vorweggenommen worden. *Frédéric Bastiat*, der wohl radikalste Vertreter der Manchester-Schule mag als Beispiel dienen, wenn er 1850 sagt: «Die Konkurrenz, die wir ganz füglich *Freiheit* nennen könnten, ist trotz Anfeindungen, welche sie täglich erfährt, in der Tat das eigentliche demokratische Gesetz.» *Zweitens*: Der Begriff des «Sozialen», den Erhard meist mehr oder minder konsequent verwendet, ist in dieser Form wahrscheinlich deshalb in der Politik nicht vollständig und korrekt vermittelbar, weil er gerade der (längst vergessenen?) Tradition des frühen Liberalismus entstammt. Der frühe Libe-

ralismus, der mit *Edmund Burke* die «soziale Freiheit» als Regelgleichheit («equality of restraint») definiert, sieht im «Sozialen» die Antithese zur Herrschaft der Partikularinteressen in der Politik – eben Politik zum Wohl des Ganzen und nicht zum Wohl der Interessengruppen. So sieht es Erhard wohl auch. Spätestens mit dem Aufkommen grosser sozialistischer Bewegungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat der Begriff aber eine völlig andere Bedeutung erhalten. Nicht mehr die «formale» Regelgleichheit, sondern die politische Erfüllung «materieller» Partikularinteressen von Menschen, die sich selbst als «unterprivilegiert» begreifen, rückt in den Mittelpunkt. Im Kontext einer rechtsstaatlich-marktwirtschaftlichen Ordnung ist ein solcher Begriff des «Sozialen» ein Fremdkörper. Der liberale Wirtschaftsnobelpreisträger *Friedrich August von Hayek* meint sogar im Lichte dieser modernen und verzerrten Interpretation des Begriffes «sozial», dass man das Wort generell nicht mehr verwenden solle, weil er als «Anhänger» die hehren Begriffe «Marktwirtschaft» und «Gerechtigkeit» zu beliebigen Floskeln verwandle. Diese Einsicht scheint sich langsam durchzusetzen. Statt der mit dem Adjektiv «sozial» versehenen Marktwirtschaft taucht in einigen Ländern seit neuestem die Marktwirtschaft mit dem Adjektiv «adjektivlos» in der politischen Diskussion auf.

Wettbewerb als politische Aufgabe

An der Sache ändert der Disput um das Wort «sozial» nichts. Der Erhardschen Politik geht es nicht um «Marktwirtschaft plus Wohlfahrtsstaat» wie viele derjenigen Sozialpolitiker zu glauben scheinen, die sich gerne auf Erhard berufen. Im Gegenteil: Erhard begreift den «Wohlfahrtsstaat» als das Gegenteil dessen, was er erreichen will. So schreibt er 1958: «Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte «Wohlfahrtsstaat», der die menschliche Verantwortung erschlaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.» Denn, so Erhard 1955: «Die Harmonie einer Marktwirtschaft beruht auf der freien Funktion der tendenziell zum Ausgleich und Gleichgewicht hindrängenden Kräfte. Auf diese Weise wird die quantitative und qualitative Über-

Der frühe
Liberalismus
sieht im
«Sozialen»
die Antithese
zur Herrschaft
der Partikular-
interessen in
der Politik.

einstimmung von Bedarf und Deckung herbeigeführt.»

Nun betont Erhard (ebenso wie viele ordo-liberale Ökonomen seiner Zeit) häufig, dass sich sein Glaube an die Harmonie der Marktwirtschaft vom klassisch-liberalen Harmoniegläuben dadurch unterscheide, dass er wisse, dass weder Harmonie noch Markt «von alleine» entstünden. Markt und Wettbewerb seien Aufgabe einer aktiven Politik. Diese Erkenntnis mache die «Soziale Marktwirtschaft» zu etwas neuem. Man darf diese Aussagen – so wichtig sie zum Verständnis des Erhard-schen Denkens sind – nicht überbewerten. Die klassischen Liberalen glaubten auch an politische Voraussetzungen der Marktwirtschaft – und sei es bloss der Schutz des Eigentumsrechtes. Vor allem kann man – wenn man sich auf die reine Theorie zurückzieht – die Begründung Erhards für den «Markt als politische Aufgabe» in Zweifel ziehen. Diese geht davon aus, dass sich der Wettbewerb ohne staatliche Stützung selbst vernichte, und zwar durch private Machtkonzentration in Form von Kartellen und Monopolen. Es ist indes recht plausibel, dass sich in einem wirklich freien Wettbewerb unter den Bedingungen einer konsequent freien Marktwirtschaft solche Monopole und Kartelle selten bilden und vor allem auch nicht dauerhaft halten können, weshalb sie als reale Bedrohung zu vernachlässigen sind. Die meisten ordo-liberalen Ökonomen der Generation Erhards neigen dazu, sich hier in Widersprüche zu verwickeln. Der Erhard sehr nahestehende *Wilhelm Röpke* verficht etwa diese These auch, nur um an anderer Stelle in Hinblick auf die Konzentrationstendenzen im Deutschland des späten 19. Jahrhunderts festzustellen, dass eigentlich der Protektionismus, der mit *Bismarcks* Abkehr vom Freihandel einsetzt, die Ursache davon sei. Meist liegt also Politikversagen, nicht Marktversagen vor.

In der praktischen Politik ist dies aber von geringer Bedeutung, da der Staat als eine reale Rahmenbedingung vorhanden ist und sich so sehr etabliert hat, dass eine Diskussion über sein Verschwinden und über die Vision eines freien und marktwirtschaftlichen «Anarcho-Kapitalismus» vorläufig wohl nur von akademischem Interesse ist. Da nun Staat und Marktwirtschaft immer in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und da der Staat immer und unvermeidlich von Interessengruppen instrumentalisiert werden kann, muss im Staat selbst eine Korrektivinstanz eingebaut sein, die den Monopolisierungs- und Vermachtungstendenzen im Wirtschaftsleben entgegentritt. Hier sind pragmatische Entscheidungen auf politischer Basis angebracht. In diesem pragmatischen Sinne entspricht Erhards emsiger und hartnäckiger Einsatz für ein ausführliches Kartellrecht klassisch-liberalen Prinzipien unter der Berücksichtigung der realen Bedingungen. Erhard selbst bringt dies auf den Punkt, als er 1969 in dem in diesem Heft wiederveröffentlichten Vortrag in den «Schweizer Monatsheften» meint, hier sei im Grunde die Lehre *Adam Smiths* «im wirklichkeitsnahen Sinne» weitergedacht.

Eine perfekte und endgültige Lösung bietet Erhard, der als aktiver Wirtschaftspolitiker ja zwangsläufig an die realen Bedingungen gebunden ist, damit natürlich nicht. Dies wäre nicht nur deshalb schwierig, weil das Ideal des «marktkonformen» staatlichen Lenkungseingriffs, der das freie Spiel des Preismechanismus intakt hält, nie erreichbar ist. Es gibt keine neutralen Steuern und Sozialgesetze. Man könne sich, wie der Trierer Wissenschaftstheoretiker *Gerhard Radnitzky* argumentiert, dem Ideal allenfalls annähern, d.h. der Begriff «marktkonform» dürfe allenfalls «komparativ» im Sinne von «freiheitsschonender als...» verwendet. Dies bedeutet, dass wohl immer Störungen des Marktes durch den Staat auftreten werden.

Der Erhard-schen Politik geht es nicht um «Marktwirtschaft plus Wohlfahrtsstaat» – Erhard begreift den «Wohlfahrtsstaat» als das Gegenteil dessen, was er erreichen will.

Die «formierte Gesellschaft»

Erhard erkennt, dass die Gefahr der wirtschaftlichen Machtkonzentration hauptsächlich kein Problem des ungezügelten Wettbewerbs ist, der nur noch die Starken leben lässt, sondern dass die Kartellisierung häufig bewusst vom Gesetzgeber gefördert werde. Erhard legt sich hier mit fast jeder Interessengruppe im Staat an. Der Macht der Gewerkschaften innerhalb des staatlich gesetzten Rahmens der Tarifautonomie, die ihnen marktwidrig überhöhte Lohnabschlüsse ermöglichen, setzt er schon 1955 einen energischen (zu Unrecht viel belächelten) Appell zum «Masshalten» entgegen. Die griffige Formel der

«Lohn/Preis-Spirale», mit der Erhard die Probleme, die aus dieser Politik erwachsen, erklärt, entstammt dieser Debatte. Auch die Unternehmerseite bleibt nicht ungeschoren. Insbesondere die Berufsverbände und das mit ihnen verbundene Unwesen der *Berufsordnungen*, die moderne deutsche Form mittelalterlicher Gilden, spielen nach Erhard eine verheerende Rolle. Sie sind mit quasi-gesetzgeberischer Macht ausgestattet. Als Zwangsmonopolisten können sie Preise festsetzen, obligatorische Befähigungsnachweise für den Berufszugang schaffen oder Werbeverbote erlassen und erzwingen – alles im Namen des «fairen» Wettbewerbs. Immer wieder versucht Erhard, diese Privilegiengewirtschaft abzuschaffen. Hätte er es geschafft, stünde Deutschland heute besser da. So ist Deutschland heute das Land geworden, in dem schon solche Bagatellen wie die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes unmöglich erscheinen und von dem die Zeitschrift *«Newsweek»* kürzlich zu Recht behauptete: *«Unemployment hits a record high, and you still can't buy milk on Sunday.»*

Um diesen Tendenzen entgegenzutreten, versucht Erhard ein spezielles – durchaus liberales – Staatsverständnis zu entwickeln, das er unter dem etwas unglücklich gewählten Etikett *«formierte Gesellschaft»* in die Diskussion einbringt. Da der Begriff einen unfreiwilligen Beiklang von geistiger *«Gleichschaltung»* hat, wird er stets missverstanden. In Wirklichkeit geht es wohl um so etwas Ähnliches wie das, was man heute *«Verfassungspatriotismus»* nennt. Nicht die geistige und wirtschaftliche Vielfalt soll demnach eingeschränkt werden, sondern die Anerkennung des unantastbaren Rahmens, innerhalb dessen sie nur stattfinden kann. Es ist ein Appell an die Mässigung eines schrankenlosen Egoismus, der sich der Macht bedient, statt sich dem Wettbewerb zu stellen. Es geht Erhard um die gesellschaftlich-kulturellen Voraussetzungen einer freien Staats- und Wirtschaftsordnung. Dass solch ein liberaler Ethos in Deutschland nicht sehr tief verankert ist, erfährt Erhard schon bald am eigenen Leibe. Sein Kampf gegen die Berufsord-

nungen scheitert weitgehend. Auch werden Sozialgesetze erlassen, die dem von ihm in einer Rede von 1956 formulierten Prinzip der *«selbstverantwortlichen Vorsorge für die Lebensrisiken»* widersprechen. Die Ende der fünfziger Jahre eingeführte *«dynamisierte»* Rente auf Generationsvertragsbasis ist ein Beispiel. Letztlich bleibt das Werk Erhards unvollendet. Die von ihm so treffend beschriebene Eigendynamik der Politik ist ein zu starker Gegner. Er selbst sieht dies, als er im Vorwort der Erstauflage zu seinem Buch *«Deutsche Wirtschaftspolitik»* 1962 *«nur mit einer gewissen Scheu»* die Frage stellt, ob ihm die grossen Reformen von 1948 in einem parlamentarischen System (ohne Hilfe der alliierten Militärmacht im Hintergrund) gelungen wären.

*Dass ein
liberales Ethos
in Deutschland
nicht sehr tief
verankert ist,
erfährt Erhard
am eigenen
Leibe.*

Eine Warnung für die Gegenwart

Von den Zeitgenossen wurden Erhards Warnungen vor den Erosionserscheinungen der Marktwirtschaft oft missverstanden und missachtet. Vielleicht ist es für die heutige Generation, die die Wirkungen dieses Prozesses – unter anderem eine hohe Sockelarbeitslosigkeit – immer deutlicher zu spüren bekommt, leichter, Erhard zu verstehen. Wir sehen täglich den Abbau von Freiheit und ein politisches System, das durch seine Verflechtung mit Interessengruppen bis zur Reformunfähigkeit verkrustet ist. Erhards Erbe ist in den letzten Jahrzehnten sträflich missachtet worden – auch (und vor allem) von jenen Politikern, die stets ihn und seine *«Soziale Marktwirtschaft»* formelhaft beschwören. Erhards Warnung aus dem Jahre 1960 ist jedenfalls von ungebrochener Aktualität: *«Als absolut gültig darf bei alledem eines gelten: Wer heute notwendige Opfer aus vordergründigen Popularitätsgesichtspunkten umgehen möchte, versündigt sich am Funktionsprinzip der parlamentarischen Demokratie. Überdies wird er mit Sicherheit der Verurteilung durch den Wähler dann verfallen, wenn Versäumnisse, die heute verschuldet werden, morgen zu schweren Rückschlägen führen und unsere Sicherheit, den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung und auch unseren Wohlstand in Frage stellen.»* ♦